



Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

Herzlich Willkommen in Passau. Wir wollen Ihnen nochmals verdeutlichen, dass die Bäuerinnen und Bauern derzeit höchst unzufrieden mit der derzeitigen Agrarpolitik sind und wollen Ihnen das deutlich zum Ausdruck bringen. **Wir möchten Sie daran erinnern, dass Sie Bundesministerin FÜR Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sind** und erwarten von Ihnen ein deutliches Zeichen einer Umkehr Ihrer derzeitigen Politik. So lehnen wir u. a. das vereinbarte Agrarpaket ab und fordern Sie auf, Kante für Landwirtschaft zu zeigen und erwarten konstruktive Vorschläge und Veränderungen von Ihnen:

- **Keine zusätzlichen Auflagen bei Pflanzenschutz und Düngung im nationalen Alleingang**

Es stehen zusätzliche Einschränkungen gerade bei Pflanzenschutz und Düngung im Raum, die eine neuerliche Beschränkung darstellen. Die Anwendungsverbote in FFH-Gebieten stellen einen massiven Vertrauensbruch dar, da es Zusagen vergangener Jahre gibt, die derartige Einschränkungen ausschließen. Dies stellt einen massiven Vertrauensbruch dar.

- **Stoppen Sie die Verschärfungspläne zur Düngeverordnung**

Stellen Sie endlich heraus, dass die Umsetzung der DüV von 2017 die Betriebe vor große Herausforderungen stellt und die Verbesserungen daraus erst einmal wirken müssen. Dies dauert einige Zeit. Mit den neuerlichen Vorgaben ist ein ordnungsgemäßer Pflanzenbau und eine ausreichende Versorgung der Pflanzen mit Nährstoffen nicht mehr gegeben. Die Fachleute sind sich darüber einig, dass die Abgrenzung der roten Gebiete nach der Wasserrahmenrichtlinie für die Düngeverordnung nicht geeignet ist. Auch werden außerlandwirtschaftliche Einflüsse, wie undichte Kanäle, Hausgärten, Verrottung von Mulch auf öffentlichen Flächen etc. nicht berücksichtigt. Lassen Sie praxisnahe Gesichtspunkte endlich einfließen und sorgen Sie dafür, dass die Diskussion versachlicht wird.

- **Stoppen Sie die zusätzliche Umschichtung der Direktzahlungen**

Die Direktzahlungen sind als einkommenswirksame Maßnahmen für unsere Bauern überlebenswichtig. In der Agrarministerkonferenz im Frühjahr im Frühjahr wurde noch einstimmig beschlossen, in dieser Legislaturperiode keine Erhöhung der Umverteilung zu machen und jetzt sieht es plötzlich ganz anders aus. Mit der geplanten Änderung des Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes soll nun für das Antragsjahr 2020 die Umschichtung von der ersten in die zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) von 4,5 auf 6 % erhöht werden. Einkommenswirksame Förderungen werden umgeschichtet und bei den Bauern kommt am Ende weniger an. Für uns ist dies ein Vertrauensbruch!

- **Mercosur-Abkommen – Sagen Sie Nein zur Doppelmoral in der EU-Handelspolitik**

Das Mercosur-Abkommen ist abzulehnen. Während unsere Bauernfamilien unter immer höheren Anforderungen wirtschaften müssen, werden gleichzeitig Tür und Tor geöffnet für Drittlandimporte, bei denen Standards keine Rolle spielen. Es geht nicht um Produkt-Standards, sondern um Umwelt-, Tier- und Klimaschutz sowie nicht zuletzt um soziale Standards.

- **Klimaschutz: Landwirtschaft ist Teil der Lösung**

Die Land- und Forstwirtschaft nimmt beim Klimaschutz eine Sonderrolle ein: Grundelementare Aufgabe ist die Versorgung mit Lebensmitteln. Gleichzeitig ist die Land- und Forstwirtschaft der einzige Sektor, der bereits bei der Biomasseproduktion einen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann, indem Kohlendioxid (CO₂) in Ernteprodukten, Wäldern sowie über Humusaufbau in Böden gebunden wird und gleichzeitig wertvoller Sauerstoff (O₂) entsteht. Hinzu kommen der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen und die Verwendung von Bioenergie. Die Land- und Forstwirtschaft ist also Teil der Lösung beim Klimaschutz und wirkt aktiv mit, um die Klimaziele zu erreichen.

Stellen Sie diese Leistungen der Land- und Forstwirtschaft heraus und sorgen Sie dafür, dass diese bei der Honorierung von Klimaschutzleistungen berücksichtigt werden. Zudem ist die Agrarbranche der Sektor, den die Klimaveränderung am härtesten trifft.

- **Wir fordern verlässliche Rahmenbedingungen und ein Bekenntnis zur Tierhaltung**

Die Tierhaltung ist in unserem Land auf dem Rückzug, mit Aktionismus und Stimmungsmache werden Tierhalter immer mehr entmutigt. Die Folge, sind drastische Rückgänge der Tierzahlen, der viehhaltenden Betriebe und damit ein Strukturbruch. Das kann und darf so nicht weitergehen. Betriebe brauchen Planungssicherheit und eine praxisorientierte Politik. Handeln Sie endlich. Die Anstrengungen unserer Bauern und zusätzliche Verordnungen müssen sich in höhere Erzeugerpreise auswirken. Hierzu ist eine verpflichtende Kennzeichnung erforderlich, die auch nicht nach unseren Standards produzierte Ware für den Verbraucher erkennbar macht.

- **Ferkelkastration - Wir brauchen die Zulassung der lokalen Betäubung durch den Landwirt**

Die Kastration mit Isofluran birgt große Gesundheitsgefahren für Mensch und Tier. Zudem ist dieses Verfahren insbesondere für kleinere Betriebe mit hohen Kosten verbunden. Auch die Ebermast und die Immunokastration sind in unserer Region nicht umsetzbar.

Wir fordern Sie deshalb auf, bei der Ferkelkastration mit örtlicher Betäubung durch den Landwirt den gleichen Maßstab anzusetzen wie bei Isofluran und dieses Verfahren wie in anderen europäischen Ländern auch bei uns zuzulassen. Wenn dieses Verfahren mit lokaler Betäubung durch den Landwirt nicht ermöglicht wird, werden viele weitere Zuchtsauenhalter die Ferkelerzeugung aufgeben, obwohl sich die Zahl der Zuchtsauen in den letzten Jahren bereits mehr als halbiert hat. Was wir bei uns wegen nationaler Alleingänge nicht mehr erzeugen können, wird dann durch Importe kastrierter Ferkel mit einer bei uns verbotenen Methode ersetzt und unsere Betriebe sperren zu. Dies ist doch grotesk und darf nicht Ziel der deutschen Agrarpolitik sein.

- **Wettbewerbsnachteile müssen beseitigt werden.**

Durch gekoppelte Zahlungen bei Zuckerrüben und Kartoffeln in anderen EU Ländern entstehen für unsere Bauern erhebliche Wettbewerbsnachteile. Wir fordern Sie auf, bei den künftigen Agrarverhandlungen diese Nachteile für unsere Betriebe zu beseitigen. Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass durch das Verbot von neonicotinhaltigen Beizen für das Zuckerrübensaatgut Ertragsausfälle entstanden sind und in vielen Beständen zusätzliche Pflanzenschutzmaßnahmen erforderlich wurden. Während bei uns wertvolles Saatgut entsorgt werden musste, wurden in den umliegenden Staaten praktikable Lösungen gefunden. Diese einseitigen Benachteiligungen für unsere Betriebe müssen endlich aufhören.

- **Umsatzsteuerpauschalierung und §13a Einkommensteuergesetz müssen erhalten werden**

Diese Vereinfachungsregelungen sind für unsere Betriebe auch in Zukunft dringend notwendig um weiteren bürokratischen Aufwand zu vermeiden. Darüber hinaus muss im Jahressteuergesetz 2019 die von CDU/CSU und SPD zugesicherte vollumfängliche Kompensation für den Wegfall des § 51 a Bewertungsgesetz Ende 2024 im Rahmen der Grundsteuerreform auf den Weg gebracht werden.

- **Bekennen Sie sich zu unserer Landwirtschaft und schützen Sie unsere Bauern vor Verunglimpfung**

Die Landwirtschaft ist zur Zielscheibe vieler Medien, Parteien und NGO's geworden. Es werden Stimmungen erzeugt und mit populistischen Kampfbegriffen die Landwirtschaft an den Pranger gestellt. Das kann und darf nicht so weitergehen. Wir stehen Veränderungen durchaus positiv gegenüber und wohl kaum ein Sektor hat in den letzten Jahrzehnten einen derartigen Wandel vollzogen. Veränderungen müssen aber auch einen Sinn haben und nicht politischen Kampagnen dienen. Frau Klöckner, bekennen Sie sich zu unserer umweltgerechten, nachhaltigen und modernen Landwirtschaft und ihren Entwicklungen.

Frau Klöckner, es ist kurz vor 12. Tun Sie etwas dafür, dass Sie nicht Landwirtschaftsministerin ohne Bauern werden!!!

Unsere jungen Bäuerinnen und Bauern brauchen Verlässlichkeit, Planungssicherheit, Vertrauen und Zukunftsperspektiven!